



Treueschwüre Der Mühlesteig in Zürich hat sich in eine Liebesbrücke verwandelt: Hunderte haben dort Liebesschlösser angebracht. 19

Wahlen 2014

EVP verliert alle Sitze im Zürcher Stadtparlament

Die Nachzählung der Stimmen im Kreis 9 beschert der SP, der SVP und der AL je einen Sitz mehr. Die EVP prüft nun eine Stimmrechtsbeschwerde.

Von Jvo Cukas und Jürg Rohrer

Zürich - Die Nachzählung der Stimmen im Wahlkreis 9 (Albisrieden und Altstetten) ergab, dass die EVP 36 Stimmen weniger machte als am Wahlsonntag ursprünglich ermittelt. Allerdings fehlten ihr nur 31 Stimmen, um im Gemeinderat zu bleiben. Die Nachzählung führte nämlich auch zu einer neuen Mindestanzahl, welche sie hätte schaffen müssen: Statt 8616 Stimmen brauchte sie nur 8611.

«Extrem enttäuscht und megatraurig» sei sie, sagte EVP-Parteipräsidentin Claudia Rabelbauer, die mit der Nachzählung ihren Sitz im Kreis 10 verloren hat. Die EVP hätte in den kommenden vier Jahren so gern für gute Mehrheiten gesorgt. Neben der persönlichen Enttäuschung sei aber auch ihr Vertrauen ins Zählverfahren erschüttert. Sie frage sich, ob es richtig sei, dass nur ein Wahlkreis nachgezählt wurde, wo das Wahlverfahren nach dem System Pukelsheim Auswirkungen auf die ganze Stadt habe.

Kritik an 5-Prozent-Hürde

Scharf kritisierte Claudia Rabelbauer auch die 5-Prozent-Hürde in diesem Wahlverfahren, die Parteien wie die EVP, die SD, die BDP oder die EDU vom Parlament ausgeschlossen habe. Das sei in der direkten Demokratie systemwidrig. Ob die EVP beim Bezirksrat Stimmrechtsbeschwerde einlegen wird, will sie in den kommenden Tagen prüfen.

Stadtschreiberin Claudia Cuche-Curti entschuldigte sich gestern in aller Form für das erste Zählergebnis: «Das ist uns sehr peinlich. Darum war die Stimmung beim Nachzählen auch so gedrückt; jeder entdeckte Fehler gab uns einen Stich ins Herz.» 14 000 Wahlzettel mussten kontrolliert werden, 256 Korrekturen waren nötig. Betroffen waren auch andere Parteien, doch die EVP traf es am härtesten. Im Stapel der unveränderten EVP-Listen befanden sich beispielsweise drei fremde Listen. Viele Fehler entstanden, weil handgeschriebene und schwer lesliche Panaschierstimmen der falschen Partei zugeordnet wurden.

Der Sitzverlust der EVP führt nun zu folgenden Verschiebungen und Neuzugängen im Gemeinderat:

- Im Wahlkreis 9 geht der vormalige EVP-Sitz von Pfarrer Gerhard Bosshard an den SP-Mann Pascal Lamprecht.
- Im Wahlkreis 10 geht der Sitz von Claudia Rabelbauer an Andreas Egli von der FDP.
- Im Wahlkreis 7+8 verliert die FDP im Gegenzug den Sitz von Bettina Balmer-Schiltknecht. Dieser geht an die AL-Frau Corinne Schäfli.
- Im Wahlkreis 11 verliert EVP-Mann Werner Wehrli seinen Sitz an Markus Merki von der GLP.
- Im Wahlkreis 12 muss im Gegenzug Patrick Ryf von der GLP seinen Sitz an Kurt Hüsey (SVP) abgeben.

AL reagiert zurückhaltend

Andrea Sprecher, Co-Präsidentin der Stadtzürcher Sozialdemokraten, zeigt sich glücklich ob der neuen Resultate: «Es ist erfreulich, dass wir keinen Sitz verloren haben und das linke Lager mit dem zusätzlichen AL-Vertreter gestärkt wird.» Die SP habe die Daseinsberechtigung der EVP im Gemeinderat nicht hinterfragt und darum keine Nachzählung verlangt. «Auch wenn die Partei überhaupt nicht auf unserer Linie politisiert, tut mir dieser Verlauf leid für sie.»

Die Freude von Ales Recher, ehemaligem Fraktionschef der AL, über den zusätzlichen Sitz hält sich in Grenzen:



Stadtschreiberin Claudia Cuche-Curti erklärt vor den Medien, dass am Sonntag falsch ausgezählt worden ist. Foto: Sabina Bobst

«Das Resultat zeigt, was diese 5-Prozent-Hürde anrichten kann.» Es widerspiegeln nicht den Volkswillen, dass eine traditionelle Partei wie die EVP rausfliege, die schon lange im Parlament vertreten ist. «Wir sind zwar einen Sitz reicher, aber in diesem Spiel kann es keinen wirklichen Gewinner geben.»

Martin Luchsinger, Co-Präsident der GLP, kritisiert die 5-Prozent-Hürde ebenfalls: «Es ist nicht demokratisch, wenn

eine Partei, die überall in der Stadt Stimmen holt, wegen dieser Hürde aus dem Gemeinderat fällt.» Dies, auch wenn die Nachzählung ein deutlicheres Resultat ergeben habe. Die neue Legislatur werde spannend: «Links-Grün steht jetzt nahe am absoluten Mehr. Vor allem, wenn ein Mitglied der Bürgerlichen fehlt.» Die GLP werde weiterhin mit beiden Seiten zusammenspannen, «um eine ökologische Politik voranzutreiben und gleichzeitig die Finanzen im Griff zu behalten.»

FDP pocht auf Disziplin

Michael Baumer, Präsident der städtischen FDP, nimmt das «deutliche» Resultat zur Kenntnis. Die Nachzählung ist für die Freisinnigen ein Nullsummenspiel: «Wir sind nicht erfreut darüber, dass es im Nachhinein zu einer derartigen Sitzverschiebung kommt.» Fünf Personen hätten sich am Sonntagabend als gewählt feiern lassen und würden erst fünf Tage später eines Besseren belehrt. Für die kommende Legislaturperiode werde die Stimmstärke in den Lagern des Gemeinderates jeweils knapp, was sich auf die Präsenz der Ratsvertreter auswirke. «Jetzt muss an jeder Sitzung

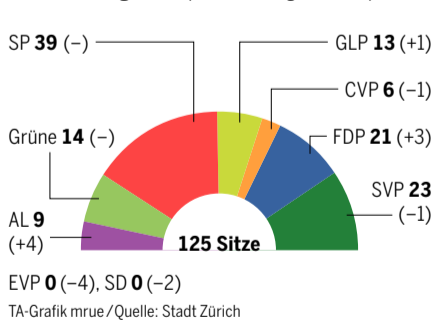
jeder anwesend sein, das ist im Milizsystem nicht ganz einfach.» Die neue Sitzverteilung werde zeigen, dass in einigen Geschäften die EVP als Zünglein an der Waage fungierte.

SVP fordert Einheitswahlkreis

Roger Liebi, Präsident der städtischen SVP, sagt, er habe mit dem Ausscheiden der EVP gerechnet, als die erste Auszählung derart knapp ausfiel: «Es zeigt sich, dass es wesentlich ist, die Stimmen richtig zu zählen.» Liebi glaubt aber, dass das Politisieren in der nächsten Legislaturperiode «verlässlicher» möglich sei. Die EVP habe wiederholt ein unberechenbares Stimmverhalten an den Tag gelegt, «auch wenn es zuvor klare Abmachungen gab». Dass die 5-Prozent-Hürde nicht demokratisch ist, glaubt Liebi nicht. Im Gegenteil: «Das Beispiel der EVP zeigte, dass eine kleine Partei als Zünglein an der Waage viel mehr Einfluss ausüben kann, als der Wähleranteil eigentlich rechtfertigt.» Liebi schlägt darum vor, die Stadt in künftigen Wahlen als Einheitswahlkreis zu behandeln und eine 3-Prozent-Hürde einzuführen. *Kommentar Seite 2*

Der neue Zürcher Gemeinderat

Sitzverteilung 2014 (Veränderung zu 2010)

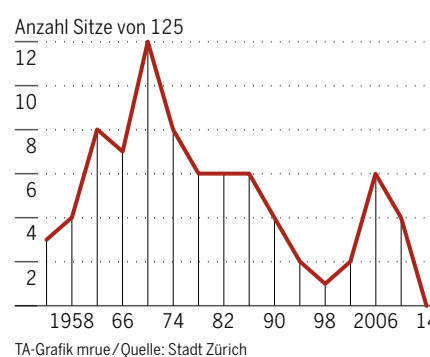


Die Evangelische Volkspartei in der Stadt Zürich Bis zu zwölf Parlamentarier

Zürich - 60 Jahre lang war die Evangelische Volkspartei ständig im Zürcher Gemeinderat vertreten. Ihre beste Zeit hatte sie zwischen 1970 und 1974 mit 12 Sitzen. Von da an aber ging es meistens bergab bis zum Nullpunkt heute. Im Kantonsrat stehen ihr derzeit 7 Sitze zu. Mit Ruedi Aeschbacher hatte die EVP von 1978 bis 1994 sogar einen Stadtrat, der als Pionier der Verkehrsberuhigung international für Aufsehen sorgte und der Erzfeind der Automobilverbände war. Natur und Umwelt sind der EVP als Gottes Schöpfung ein zentrales Anliegen. «Politik aus christlicher Verantwortung» oder «Gewissen über Interessen» heissen ihre Slogans. Das macht die EVP auf der einen Seite zu einer grünen Partei, auf der anderen

zu einer konservativen. Auf nationaler Ebene trat sie gegen die Fristenlösung auf, gegen die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare und gab fürs letzte Wochenende auch die Ja-Parole zur Privatisierung der Abtreibungskosten aus. In Zürich lehnte sie den Strichplatz ab und die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Sie begrüßte hingegen die Städteinitiative für mehr öffentlichen und Langsamverkehr. Das Fussballstadion lehnte sie ab, stimmte aber der Wohnsiedlung nebenan zu. Zu den Stadtratswahlen vom letzten Sonntag trat sie nicht an und gab auch keine Empfehlung für andere Kandidaten ab. Sparen war auch in der EVP Thema, doch nicht mit der Entschlossenheit von SVP und FDP. (jr)

EVP im Zürcher Gemeinderat



Anzeige

BERNIE'S

SALE

LETZTE TAGE
Nur vom 13. bis 22. Feb. 2014

-70%
auf alle Extraständer

Diese eine Stimme Unterschied

Nicht oft stehen Wahlergebnisse erst nach einer Nachzählung fest. In Winterthur spielte sich 2001 darum ein Drama ab.

Von Pascal Unternährer

Zürich - Die letzte Nachzählung im Kanton Zürich wurde 2006 durchgeführt. In Uster erhielt damals SP-Stadtratskandidatin Barbara Thalmann neun Stimmen mehr als ihr SVP-Herausforderer Rolf Denzler, worauf der Stadtrat eine Nachzählung anordnete. Diese ergab eine Stimme mehr für Thalmann und zwei mehr für Denzler. Das Resultat wurde also bestätigt, wenn auch mit acht Stimmen Unterschied.

2001 spielte sich in Winterthur ein Wahldrama ab. Im zweiten Wahlgang der Stadtratsersatzwahl am 1. April erhielt SP-Kandidatin Pearl Pederngna 37 Stimmen mehr als SVP-Kandidat Jürg Stahl. Eine sofort angeordnete Kontrollzählung ergab eine Stimme Vorsprung für Stahl. Er wurde darauf als gewählt erklärt.

Polizisten bewachten den Saal

Die SP reichte eine Wahlbeschwerde ein, die von der Stadt und vom Bezirksrat abgelehnt wurde. Der Regierungsrat hiess die Beschwerde gut, weshalb am 30. September nochmals nachgezählt wurde. Die Eingänge des Saals wurden von Polizisten bewacht, die Auszählung stand unter der Aufsicht des Bezirksamts. Ein Zentralwahlbüro entschied darüber, ob Stimmen wie «Pearl Pedalo» oder «Kurt Stahl» als gültig erachtet werden sollten. (Die Antwort lautete: Ja.) Und es musste so lange gezählt werden, bis zweimal das gleiche Ergebnis vorlag.

Nach elf Stunden des Zählens lag wieder Pearl Pederngna vorn - ebenfalls um eine Stimme. Das Resultat lautete 13 395 : 13 394 Stimmen. Auch gegen das letzte Wahlergebnis ging ein Rekurs ein - diesmal von einem Stimmbürger, einem Koch. Stahl distanzierte sich von diesem Schritt, er akzeptierte das für ihn nachteilige Ergebnis sofort. Der Regierungsrat wies die Beschwerde ab. Pederngna konnte ihr Amt als Winterthurer Stadträtin und Nachfolgerin ihrer Parteikollegin Aurelia Favre nach zehn Monaten der Unsicherheit antreten. Pederngna war darauf 13 Jahre lang Stadträtin und ist am vergangenen Sonntag abgewählt und durch den SVP-Mann Josef Lisibach ersetzt worden.

Eine Stimme Unterschied: Dieses Resultat gibt es gar nicht so selten. So wurde 2003 der damalige FDP-Fraktionspräsident Balz Hösly aus dem Kantonsrat abgewählt. Die eine Stimme mehr erhalten hatte im Zürcher Wahlkreis 6+10 Carmen Walker Späh. Und vor drei Jahren distanzierte SVP-Kandidat Hans-Ueli Vogt seine Mitstreiterin und amtierende Kantonsrätin Susanne Brunner im Kreis 7+8 ebenfalls um eine Länge. In beiden Fällen wurden keine Nachzählungen gefordert.